

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 4

Artikel: Politik und Wirtschaft im Ostblock
Autor: E.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077040>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik und Wirtschaft im Ostblock

Unter diesem Titel veröffentlichte Hans Jörg Pommer, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Schweizerischen Ost-Instituts, im Verlag des Instituts für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz, ein interessantes und sehr aufschlussreiches Werk (219 Seiten) über das Entstehen und die gegenwärtige Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), im Westen auch Comecon genannt.

Der erste Teil befasst sich mit der Entstehung, der Bedeutung und den Zielsetzungen dieser Organisation, die zu jener Zeit einen ganz anderen Charakter hatten, als die verschiedenen Darstellungen des Ostens es heute glaubhaft machen möchten. Zur Gründungszeit war nämlich noch nicht die jetzt in Vordergrund gestellte wirtschaftliche Zusammenarbeit das wichtigste Ziel des am 25. Januar 1949 in Moskau gegründeten Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Am Anfang — schreibt der Verfasser — stand der «Antagonismus zum amerikanischen Marshall-Plan» im Vordergrund, da auch einige Mitglieder des sowjetischen Satelliten-Reiches, wie die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Jugoslawien, diesem westlichen Hilfsprogramm beitreten wollten. Moskau war dagegen am Ausbau der Westkontakte dieser Länder nicht interessiert, weil das ihre totale Gleichschaltung und Ausnützung seitens der UdSSR erschwerte oder sogar verhindert hätte.

Ein Mittel zur Verwirklichung dieser sowjetischen Ziele war die Gründung des RGW, dessen effektive Tätigkeit in den ersten Jahren recht bescheiden gewesen ist: «Sie beschränkte sich im Wesentlichen auf die blosse Existenz des RGW, die bisweilen durch deklamatorische Erklärungen unterstrichen wurde.» Nachdem es der UdSSR gelungen war, ihre neuen Partner gegen alle westlichen Beziehungen abzuschirmen, hatte der Rat sein eigentliches, wenn auch nicht zugegebenes Ziel erreicht und wurde damit für Moskau über-

flüssig. Diese Einstellung dem RGW gegenüber fand u. a. auch darin ihre Bestätigung, dass er zwischen 1951 und 1953 keine Tätigkeit ausübte, ja nicht einmal formelle Tagungen abhalten konnte. Von einer «Wirtschaftshilfe» im Sinne des Marshall-Planes war überhaupt keine Rede.

Mit dem Beginn der europäischen Integration wurde der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe aus der Vergessenheit wieder hervorgeholt und zur Dachorganisation der östlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erklärt. In diesem Sinne hat auch der ehemalige Parteichef und Ministerpräsident, N. Chruschtschew, am 20. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) die Spezialisierung der Produktion im Rahmen des RGW befürwortet, da es zu jener Zeit schon überflüssig geworden war, «dass jedes sozialistische Land unbedingt alle Zweige der Schwerindustrie entwickelt, wie es die Sowjetunion tun musste», als sie sich noch in «kapitalistischer Umkreisung» befand.

Der Verfasser verweist mit Recht auf den propagandistischen Charakter dieser Erklärung, weil die osteuropäischen Staaten in den ersten fünfzig Jahren, eben auf sowjetischen Druck, jene Schwerindustrien ausgebaut haben, deren Existenz zurzeit als eines der grössten Hindernisse der Spezialisierung der Produktion betrachtet wird.

«Jeder Staat versuchte», schreibt Pommer in diesem Zusammenhang, «auch wenn dies vom

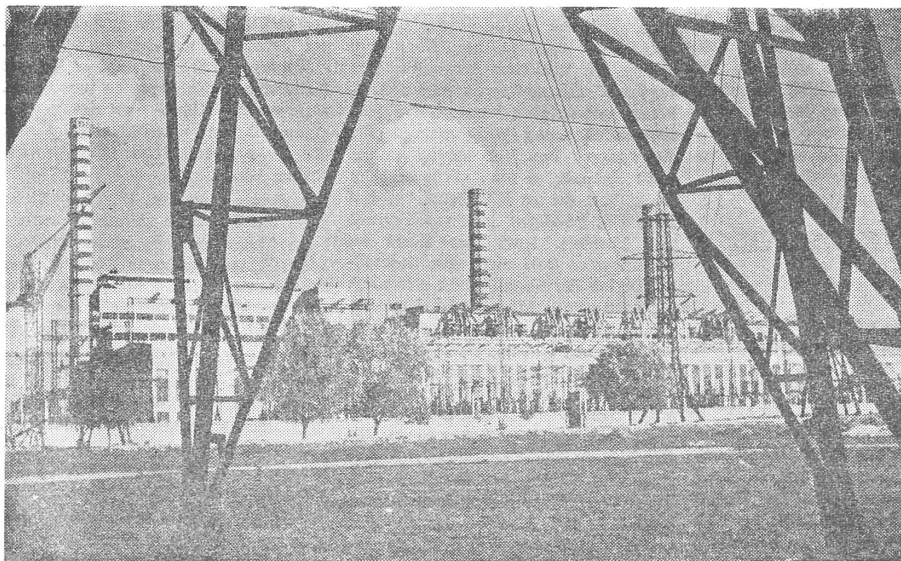
Standpunkt der Rentabilität aus unsinnig war, eine autarke, nationale Wirtschaft zu entwickeln. So errichtete beispielsweise die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands das Eisenhüttenkombinat «J. W. Stalin» bei Fürstenberg/Oder, ohne über ausreichende Eisenerzlagern und über die erforderlichen verkokungsfähigen Kohlenvorkommen zu verfügen.» Diese müssen nun «über Tausende von Kilometern aus dem Ural herans transportiert werden». Offiziell wird diese Entwicklung als «Angleichung» der Wirtschaftsstruktur der RGW-Länder verstanden. Doch war sie nicht wirtschaftlich rational bedingt, «sondern entsprach den politischen Intentionen der Sowjetunion». Diese forcierte Industrialisierung der osteuropäischen Agrarstaaten führte zu neuen Disproportionen zu Ungunsten der Landwirtschaft, die so zurückfiel, dass diese ehemaligen Agrarexporteure zu Importeuren geworden sind.

Eingehend schildert der Autor auch die Gliederung und den administrativen Aufbau des RGW, wozu er interessante schematische Tabellen veröffentlicht, die den Ueberblick erleichtern. Nachher wendet er sich zu der Frage der Koordinierung der Wirtschaftspläne, die der polnische Vize-Ministerpräsident P. Jaroszewicz als das «wichtigste Problem» der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bezeichnete (1963). Trotz dieser Erkenntnis blieben die diesbezüglichen Bemühungen während der fünfziger Jahre ohne besonderen Erfolg. Der erste konkretere Schritt erfolgte im Juli 1963 auf der Beratung der ersten ZK-Sekretäre und Regierungschefs der RGW-Staaten, wo die Koordinierung der jetzt laufenden Fünfjahrpläne (1966—1970) beschlossen wurde.

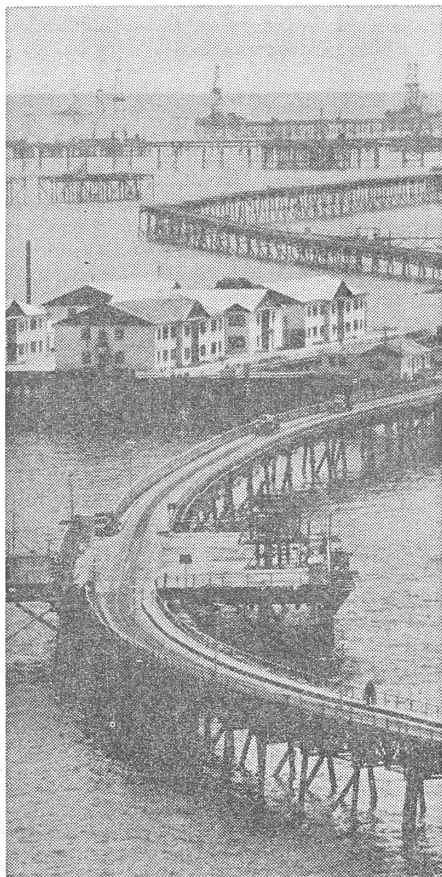
«Das Hauptproblem, das einer wirksamen Plankoordinierung nach wie vor im Wege steht, ist — laut Verfasser — das Preissystem, das heisst die fehlende einheitliche Preisbasis, an deren Schaffung man seit Jahren herumlaboriert, ohne bisher eine brauchbare und vor allem alle Partner befriedigende Lösung gefunden zu haben. Im Mittelpunkt der in den letzten Jahren immer lauter werdenden Forderung nach einer umfassenden Preisreform steht das in Moskau nicht gerade gern gehörte Postulat, das neue Preissystem des RGW müsse die Interessen des Ausenhandels der RGW-Länder mit den «kapitalistischen» Märkten berücksichtigen.»

Interessant ist auch jenes Kapitel, das die Einstellung Chinas zum RGW behandelt. Danach betrachten die RGW-Staaten China «als unterentwickeltes Land und deshalb als ungeeignet, ihrer Organisation beizutreten». So begründete z. B. die Prager Tageszeitung «Prace» im Jahre 1962 die Abwesenheit Chinas vom RGW damit, dass seine Entwicklung noch nicht jenes Stadium erreicht habe, das notwendigerweise eine Plankoordinierung erfordere. Zur gleichen Zeit wurde aber die Mongolei, deren Entwicklungsniveau erheblich unter demjenigen Chinas liegt, als Vollmitglied im RGW aufgenommen.

Die chinesische Antwort auf diese und andere ähnliche Äusserungen kam nicht sofort, aber um so massiver. Die führenden Presseorgane verurteilten mit äusserster Schärfe die von der UdSSR befürwortete Form der Koordinierung und Spezialisierung der Produktion und forderten die wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit der kommunistischen Staaten. Die führenden Parteiorgane bezeichneten die so-



Zu den funktionierenden Comecon-Leistungen gehört das RGW-Verbundnetz. Das Kraftwerk Dobrotrow (Westukraine) gibt seinen Strom an das vereinigte Netz ab.



Die RGW-Pipeline «Freundschaft» versorgt die Partnerstaaten mit Erdöl aus Baku (hier Satellitenstadt Bakus im Kaspischen Meer).

wjetischen Führer als die «grössten Spalter unserer Zeit», die die Souveränität der Brudervölker «mit Füßen treten». Unter dem «Vorwand der internationalen Arbeitsteilung» bekämpften sie ferner die Bestrebungen der Völker, den Sozialismus aus eigenen Kräften aufzubauen und versuchten gleichzeitig «die wirtschaftlich schwach entwickelten Brudervölker unter Druck zu setzen, damit sie auf ihre eigene Industrialisierung verzichten und sich damit begnügen, nur Rohstofflieferanten und Abnehmer der Sowjetunion zu bleiben.»

Eingehend befasst sich das Werk auch mit der wirtschaftlichen Integration im RGW und den verschiedenen Aspekten der Spezialisierung und Koordinierung der Produktion, die anstatt auf der gewünschten multilateralen, vorläufig nur auf bilateraler Basis erfolgt. Eine Erscheinungsform dieser letzteren Entwicklung sei die Gründung von gemeinsamen Betrieben.

Fast ein Drittel des Werkes ist den Aussenhandelsbeziehungen der Mitgliedsländer gewidmet, wobei nicht nur die Fragen des Intra-blockhandels, sondern auch der Warenumsatz mit den Weststaaten und den Entwicklungsländern auf Grund zahlreicher Statistiken eingehend behandelt werden.

Im allgemeinen ist das ganze Werk gut fundiert und auf die Verarbeitung von überwiegend originalen östlichen Quellen aufgebaut, so dass es ein gutes und zusammenfassendes Bild über dieses so aktuelle Problem vermittelt. E. S.

Briefe

Ich habe mit Interesse Ihre Photo eines Arbeits-saales der Gosbank, Moskau, im KB Nr. 2 studiert.

Im Vordergrund steht, unübersehbar aufgestellt, eine Maschine, die eine museale Rechenmaschine sein könnte. Auf den hinteren Plätzen ist keine einzige Maschine zu sehen — wahrscheinlich arbeitet man dort, ebenso wie zu Zeiten des Väterchen Zaren, mit Rechenbrettern.

Das braucht einen gar nicht weiter zu wundern, denn die Russen haben das Rechenbrett seit jeher mit geradezu genialer Geschicklichkeit gehandhabt. So archaisch einem das «Spielzeug» vorkommt: es lassen sich damit 3000 Operationen der Addition, Subtraktion und Multiplikation vornehmen. Bei noch so grosser Handfertigkeit können diese Rechenbretter mit elektronischen Rechenmaschinen allerdings nicht mehr konkurrieren.

Boris M.

Und wieder die Bank...

W. H. antwortet P. S. und ergänzt seine Ausführungen (siehe KB Nrn. 2 und 3).

Die Fragen des Bankgeheimnisses und der Möglichkeit der Sowjetunion, als Käufer westlicher Wertschriften aufzutreten, sind so komplexer Na-

tur, dass auf diese hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Eine andere im KB Nr. 2 angeschnittene Frage bedarf jedoch einer neuen Stellungnahme:

«Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.»

Hier habe ich mich entweder falsch ausgedrückt oder bin missverstanden worden. Was ich eigentlich sagen wollte, war: der Kreml denkt heute in wirtschaftlichen Belangen so nüchtern, dass die Zugehörigkeit zur KP allein nicht genügt, um als Vermittler grosser Geschäfte bevorzugt zu werden. Auf gewissen Ebenen grosser Geschäftsverhandlungen sind eben intimes Wissen über die Struktur von Grosskonzernen, Beziehungen, tiefes technisches und wirtschaftliches Wissen und anderes mehr, wichtiger als blosse Parteitreue.

Für manche Linksinтеллектуelle, die glauben, durch betonte Moskautreue sich ein Anrecht auf zukünftigen klingenden Lohn erworben zu haben, wird die Enttäuschung ebensowenig ausbleiben, wie jetzt für die KP Italiens.

Auf der gleichen Linie liegt ein Bericht aus der letzten Januarwoche: Rumänien, vom Standpunkt Moskaus das Enfant terrible der kommunistischen Welt, welches oft genug eine von Moskau unabhängige Aussenpolitik betreibt, erhält einen grossen Kredit zum Ausbau des Kraftwerkes «Eisernes Tor» an der Donau. Grund: den gleichen Kredit hätte Rumänien auch im Westen haben können; die Sowjetunion hätte letzterenfalls aber viel Einfluss im Donaauraum verloren. Machtpolitische Überlegungen wurden also vor parteipolitische gestellt.

W. H.

Fragen an das SOI

Die UNO hat 1950 die kommunistische Seite in Korea als Aggressor bezeichnet. Heute jedoch sucht sie in Vietnam zu vermitteln. Beweist dies nicht, dass nunmehr die USA im Gegensatz zu 1950 eine fragwürdige Position einnehmen?

1. Die UNO bietet kaum Gewähr, dass sie über die Jahre hinweg gleiche oder ähnliche Erscheinungen gleich oder ähnlich beurteilt. Sie ist kein an Gesetz und Praxis gebundener Gerichtshof, sondern ein politisches Gremium, das politische Ansichten vertritt.

2. Aus diesem Grunde spielt unter anderem auch die Zusammensetzung der UNO-Organe eine beträchtliche Rolle. Welche Veränderungen diese Zusammensetzung erfahren hat, zeigen folgende Zahlen (erste Zahl Mitglieder Ende 1945, zweite Zahl Mitglieder Mitte 1965):

Australien	2	2
Amerika	22	24
Europa	14	26
Asien	9	26
Afrika	4	37
	51	115

Bei Ausbruch des Koreakrieges betrug die Mitgliederzahl 59. Inzwischen hat sie sich beinahe verdoppelt, und 48 neue Mitglieder entfallen allein auf Asien und Afrika. Das hatte eine politische Gewichtsverschiebung zur Folge, die an sich schon verunmöglicht, die gleiche Betrachtungsweise anzustellen.

3. Wenn Nordkorea 1950 von der UNO offiziell zum «unprovokierten Angreifer» erklärt werden konnte — was einen einstimmigen Beschluss des Sicherheitsrates voraussetzte —, so war das auf zwei besondere Umstände zurückzuführen. Einerseits hatte der sowjetische Vertreter die Sitzungen des Sicherheitsrates boykottiert, nicht ahnend, dass ein so wichtiger Beschluss bevorstehen könnte. Er war daher nicht in der Lage, mit einem Nein das Veto einzulegen. Andererseits war Jugoslawien, zwei Jahre zuvor aus dem Kominform ausgeschlossen, nicht gewillt, für die Sowjets das Veto einzulegen. Sein Vertreter enthielt sich daher der Stimme.

4. Ein weiterer Unterschied ist zu beachten. Nordkorea überfiel 1950 den Süden im Rahmen einer militärischen Aggression. Solche Kampfhandlungen sind sichtbar und eindrücklich; sie werden rasch verurteilt. Aus diesen Erfahrungen lernend, hat Ho Chi Minh verzichtet, eine offene militärische Invasion gegen Südvietnam auszuführen. Stattdessen hat er den Weg der Infiltration gewählt, um Südvietnam von innen her kapitulationsreif zu machen. Infiltration ist aber ein versteckter Vorgang, kaum sichtbar und wenig eindrücklich. Wer sich dagegen wehrt, muss in einer umfassenden Aktion zur Waffe greifen und erscheint dann in einer oberflächlichen Betrachtungsweise als Angreifer.

5. Die unterschiedliche Haltung der UNO in den Fällen Südkorea und Südvietnam bedeutet also keineswegs, dass diese beiden Konflikte sich im wesentlichen, nämlich in der Eroberungsabsicht der kommunistischen Landeshälfte, unterscheiden.